



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Umsatzpreis: die neuaufl. gesetzte Reparateureise über deren
Preis 20 Pf., für Familienangehörige 10 Pf., für die Alleinerziehende
oder den zweitältesten Teil einer Zeitschrift 150 RM. Einzelverkauf nur
sonntags von 8 Uhr an in der Expedition Dresden-N. 1, Güterbahnhofstrasse 2.

Bezugspreis:jetzt monatlich 250 RM (außer im vorraus), durch
die Post 250 RM (ohne Rückversand). "Arbeiterkino" erscheint täg-
lich außer an Sonn- und Feiertagen. In Süden höherer Gewalt bezahlt kein
Hinweis auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Redaktion: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-N. Geschäftsstelle und Re-
daktion: Güterbahnhofstr. 2, Heraus 17250. Postfach 18 600.
Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr eig. Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr
betriebs- und arbeitsrecht. Fragen, Freitags 18-19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 23. September 1930

Nummer 222

Der Generalplan des Faschismus im Kampf gegen den Kommunismus

Nicht „Kampf um Freiheit und Brot“, sondern Organisierung des weißen Terrors gegen die Arbeiter / Bündnis mit
Reichswehr und Polizei, Streikbrecherzellen in den Betrieben, Ausbau der Arbeitermordorganisationen, — so will
Hitler den Kapitalismus vor der Revolution retten / Arbeiter, heraus zum Gegenangriff!

Berlin, 23. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Die Note Fahne ist in der Lage, den Inhalt einer
Zeitschrift des Theoretikers der Faschisten, Alfred Rosenberg, der im Auftrag Hitlers über die nächsten Auf-
gaben der NSDAP schreibt, zu veröffentlichen. Die Me-
thoden des faschistischen Angriffs in der gegenwärtigen Situation
findet nach Rosenberg:

1. Die Durchdringung des gesamten Staats-
apparates mit Faschisten. Unter diesem Gesichts-
punkt wird die Regierungsbeteiligung betrachtet. Jedes
Amt muß in den Dienst des weiteren Ausbaues des Macht-
apparates gestellt werden.
2. Verstärkte Arbeit innerhalb der Reichswehr und Po-
zei. Eine Revolution macht man nicht gegen die
Armee, sondern mit der Armee.
3. Weitere Ausbildung der Methoden der „Gewalt“ durch Er-
weiterung der Stoßtrupps und deren weitere
Bewaffnung, um den Machtkampf vorzubereiten.
4. Unverzüglich Gründung breiter „überparteilicher
Machtorganisationen“, um die Millionen Wähler
organisatorisch zu erlassen. Gelingt nicht die Gründung ge-
meinschaftlicher Organisationen, dann muß die Organi-
sation gewerkschaftlicher Verbände mit be-
trieblicher Grundlage sofort in Angriff genommen
werden.

Rosenberg warnt vor Putzchen und fordert eine auf lange
Sicht berechnete Politik. Er erinnert an die „Revolutionste-
chnik“, die dem Faschismus eigen ist, und stellt als das wichtig-
ste taktische Problem die Koordinierung der beiden Methoden
des gegenwärtigen Augenblicks hin: der „Durchdringung“ und
der „Gewalt zur Eroberung der Macht“.

Ausführlich analysiert Rosenberg die Form der direkten
„Aktion“, die die Heranziehung der „Elite“ inner-
halb der NSDAP zu beschleunigen habe; denn nur eine
bewaffnete Minderheit könne im entscheidenden Augen-
blick, gestützt auf die große, aber amorphe und schwärmige Masse,
die Macht über Staat und Wirtschaft ergreifen“. Die Vorberei-
tungen müßten um so schneller getroffen werden; denn die Si-
tuation könne sich sehr schnell ändern.

Vor der Wirtschaftskrise wären unsere Kräfte im Kampf
um den Staat zerstört worden. Nach der Krise dagegen,
wo sich der Feind in der Zwischenzeit eine Blöße nach der
anderen gibt, können wir eine unüberstiehbare Macht ent-
falten und dem Gegner eine vernichtende Verfolgungskata-
strophe.

In einem besonderen Abschnitt erläutert Rosenberg die Me-
thode der Durchdringung der Betriebe. Nachdem aus
der Hilfe hingewiesen, die dem Faschismus von der Sozialdemo-
kratie durch die Zersetzung der Arbeiterschaft geleistet und die
KPD als einziger wirtschaftlicher Gegner bezeichnet

wird, werden die Einzelheiten angeführt: zunächst müsse in
jedem Großbetrieb die Bildung unsichtbarer Zellen
vorgenommen werden, die nicht stärker als 3-4 Mann sein
dürften. Erst wenn diese Vorarbeit im Betrieb geleistet sei,
dürfte die „Propaganda von außen“ eingesetzt.

Die neuen Methoden der Durchdringung für Thüringen sind
folgendermaßen vorgesehen: überall, wo die Amter nicht bezeugt
werden können, müssen neben den staatlichen Organen, besonders
wenn es die Polizei ist, schon jetzt Faschisten gesetzt werden.
Dadurch erst würden die Vorbereitungen „für die schnelle Macht-
übernahme“ geschaffen werden. Rosenberg fordert die Propa-
gierung „militärischer Gewalt“ in der Öffentlichkeit.

verschärfsten Terror gegen die revolutionäre Arbeiterschaft
und ihre Institutionen, „gleichgültig, ob wir in die Regie-
rung kommen oder nicht“.

Zußerdem müßten „Straßbataillone“ organisiert werden. Die
Straßbataillone unterscheiden sich von den Stoßtrupps in der
Zuammenfassung eigener Verbände, eigener Ver-
pflichtung und kriegerischer Durchführung der Aktion.

Der Einsatz habe überraschend zu geschehen und vor allem
gegen Arbeiterbezirke mit radikaler Einstellung zu erfolgen.

Zum Schluß sagt Rosenberg: „Wir wollen regieren. Das
ist alles!“

KPD stimmt ihre eigenen Erwerbslosen- anträge nieder!

Die Wahlbetrüger im Dresdner Stadtparlament gestellt und entlarvt.

Dresden, den 23. September 1930.

„Hilfe für die Erwerbslosen“ stand in großen Lettern über
dem Antrag der Sozialdemokraten, der wenige Tage vor der
Reichstagswahl auf der ersten Seite der Dresdner Volks-
zeitung veröffentlicht und auf rotem Papier gedruckt als
Sonderausgabe verbreitet wurde.

Der Antrag sollte am Montag, dem 15. September (seinen
Tag nach der Wahl also) behandelt werden. So schrieb es die
Dresdner Volkszeitung selbst. Was geschah? Die SPD stimmte
damals in der 23. Stunde für den Schluß der Sitzung. Die
Behandlung des Antrages war damit wieder um acht Tage
hinausgezögert.

In der gestrigen Sitzung kam nun der Antrag endlich zur
Behandlung. Einsterbusch, der die Aufgabe hatte, ihn zu
„begründen“, hüllte sich wohlweislich, auch nur mit einem Worte
zu erwähnen, wie denn nun der sozialdemokratische
Herr über die städtischen Finanzen, Dr. Bührer, zu den Forderungen steht, die ihm nach den bisherigen
Erfahrungen, die wir mit Bührer machen, zu „köstspielig“ sein
werden.

Herr Bührer schwieg! Schwieg, wie wir es bereits
vor vierzehn Tagen vorausgesagt haben. Aber auch etwas anderes
bestätigte sich. Hatten wir vor vierzehn Tagen geschrieben, daß
die SPD den Antrag nicht in der Sitzung verabschiedet, so wurde auch diese Voraus sage gestern
vollaus bestätigt.

Zweimal stimmte die sozialdemokratische Fraktion gegen
die sofortige Sitzungseröffnung des eigenen Antrages.

Sie stimmte deshalb dagegen, um Zeit zu gewinnen, um
den Antrag nach Monaten in die Dunkelkammer des Ausschusses
zu wälzen und um die Durchführung auf den
St.-Nikolausfeiertag verschieben zu können.

Wäre der Antrag, von dem die SPD vor der Wahl be-
hauptete, daß er eine „soziale Arbeit“ sei, ein Muster-
beispiel dafür, wie ein „positiver Antrag aussiehen müsse“, gestern
angenommen worden (und das war sehr wahrscheinlich, denn die
Nazis hätten kaum gegen den Antrag stimmen dürfen), dann
hätte Herr Dr. Bührer in allerzärtlicher Zeit Farbe be-
kennen müssen. Dann wäre der

sozialdemokratische Wahlschwund allzu
schnell entlarvt

worden. Deshalb wurde der Antrag in einen Ausschluß verschoben.
Deshalb heulte die sozialdemokratische Meute, als sie ihr Betrug-
spiel von den Kommunisten durchkreuzt sah.

Die Vorgänge in der gestrigen Sitzung haben hoffentlich auch
den in großer Zahl auf den Tribünen anwesenden sozialde-
mokratischen Erwerbslosen erkennen lassen, mit welcher Strupel-
losigkeit die SPD-Führer ihren Wahlschwund betreiben und die
Erwerbsloseninteressen verraten.

Führt den Gegenstoß!

Dresden, 23. September.

Das hier entwickelte faschistische Aktionsprogramm zeigt
unzweckmäßig das politische Gesicht des Faschismus. „Kampf um
Freiheit und Brot, Kampf gegen Youngslaverei und kapitalistische
Ausbeutung“ — alles Phrasen, Demagogie, um dem Faschismus
eine Massenbasis zu sichern. Sein einziger ernst gemeinter
Programmpunkt ist die Organisierung des weißen
Terrors zur Niederkämpfung des Kommunismus.
Er stützt sich dabei auf die bewaffnete Staatsmacht der Bour-
geoisie, auf die legale Einführung des faschistischen Terrorapparates
in die staatlichen Einrichtungen. Parallel mit dieser Verkörperung
vollzieht sich der Ausbau der eigentlichen Stoßtrupps. Hierzu
gehören militärische Ausbildung, Bewaffnung, zentrale Auf-
märsche wie beispielsweise am kommenden Sonntag in Potsdam.

Seiner Ohnmacht im Arbeiterviertel bewußt, ins-
besondere in den Betrieben, soll die Eroberung der Betriebe
verucht werden. In die höchsten Positionen der Arbeiterschaft
soll, gestützt auf die Hilfe der Unternehmer, der Einbruch verübt
werden. Die verschleierte Methoden dieses Angriffes müssen
das Proletariat zur verstärkten Wachsamkeit anspornen.

Bezeichnend sind Rosenbergs Ausführungen über den Zeit-
punkt des Generalangriffs. Mit dem Gegner, der sich Blögen
geben soll, ist die Sozialdemokratie gemeint, deren
Koalitionspolitik dem Faschismus weiter den Weg ebnen
und den Marxismus den Befreiungskampf des Proletariats, vor
den Augen der kleinen bürgerlichen Schichten und auch Teilen der
Arbeiter infamieren soll. Das ganze Verbrechen der sozial-
demokratischen Koalitionspolitik als Wegbereiter
des Faschismus kommt in diesen Ausführungen Rosenbergs zum
Ausdruck.

Das Entscheidende für die ganze Strategie des Faschismus
ist die Stoßrichtung gegen das revolutionäre Proletariat.
Die Kommunistische Partei wie alle revolutionären
Organisationen der Arbeiterschaft sind das lehre und einzige
ernsthaftige Angriffsziel des faschistischen Führer. Nur

ihre Zerstörung vermag die wankende kapitalistische Herr-
schaft nach aufrechterhalten. Nicht Sturz der in- und aus-
ländischen Ausbeuter, sondern Vernichtung des Kommu-
nismus, der den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft
auf seine Fahne geschrieben hat, ist das Programm der Hitler-
partei.

Das Proletariat wird auf die faschistischen Pläne antworten.
Es wird den Wahlbetrügern des 14. September, die angeblich
Brot und Freiheit bringen wollten, keine Utempause gestatten.
Schlag um Schlag wird es sie vor ihren Anhängern ent-
larven. Mit dem ideologischen Feldzug gegen den Faschismus
wird das Proletariat die Organisierung seiner Macht
verhindern, Betriebswehren in allen Betrieben, organi-
sierten Massenterror gegen den Betriebsfachschul-
mäßige Entfaltung aller antisemitischen Wehrorganisationen,
Lösung der SPD-Arbeiter von ihren Führern, den Wegbereitern des Faschismus, so werden wir
antworten, so werden wir die Streiks und Mordorganisationen
der Hitler besiegen.

Am kommenden Sonntag will Hitler mit seinen Mord-
organisationen in Potsdam aufmarschieren. In Verbindung
mit der oben wiedergegebenen Denkschrift gewinnt dieser Aufmarsch
erhöhte Bedeutung. Die Kommunistische Partei Berlins hat des-
halb zum kommenden Sonntag zu einem anti-faschistischen
Großkampftag aufgerufen, zu einem Riesenauftauch im
Berliner Lustgarten.

Das Berliner Proletariat wird nicht allein stehen. Ganz
Deutschland und nicht zuletzt Sachsen wird mitmachen. Wir
rufen auf zu Demonstrationen am kommenden Sonn-
abend und Sonntag.

Arbeiter, Antifaschisten, auf die Straße! Nieder der Faschis-
mus, die Schutzhölzer der Kapitalisten! Es lebe die kämpfende
Einheitsfront des Proletariats! Es lebe der Kommunis-
mus!

Bir, die Partei der Befreiung!

Der Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion auf Einstellung der gesamten Youngzählungen hat helles Entsegen in den Blättern der offiziellen Youngparteien hervorgerufen. Die "Politische Zeitung" begann bereits zu bedenken, daß mit den Stimmen der Kommunistischen Partei und denen junger Parteien, die sich als "Anti-Young"-Parteien vor ihren Wählern im Wahlkampf drapieren hatten, eine parlamentarische Mehrheit gegen den Youngplan zustande kommen könne. Das "Berliner Tageblatt" mendet sich in seiner Sonntagsausgabe gegen diese "Alarmerüchte" und mobilisiert den Reichskanzler Brünning und den Reichsinnenminister Wirth zur Verhinderung des internationalen Youngsystems und der Neuerter Börse.

Die Kommunistische Partei hat als einzige Partei im neuen Reichstag sofort die Initiative gegen den rücksichtlichen Youngplan übernommen. Die Kommunistische Partei läuft gleichzeitig als einzige proletarische revolutionäre Freiheitspartei in Youngdeutschland ihren außerparlamentarischen Kampf zur Schaffung der Millionen-Einheitsfront des werktätigen Deutschlands gegen das verbrecherische Youngsystem erischen.

Wir, die Kommunistische Partei, greifen an! Uns nimmt die Presse des Herrn Brünning auf das Korn", während sie Herrn Hitler als "aufrichtigen" Mann lobt. Unser Wahlkreis allein für die Börse in Berlin und Neukölln als Signal des revolutionären Aufschwungs, als Vorboten unseres kommenden revolutionären Sieges in der offenen Klassenschlacht. Wir stellen und entlarven alle falschen Freunde des Volkes, alle Münzschmiede und Ministerstellenmärkte des Youngsystems.

Die Tatsache, daß unter Antrag auf Streichung aller Youngzählungen Parallel in den Reihen des Youngkapitals und Verwirzung bei den sozialistischen Führern hervorruft, kennzeichnet die Lage nach den Wahlen. Nicht nur die Wähler der Kommunistischen Partei, die ihre Hand für die proletarische Diktatur erhoben haben, gegen den Youngplan gestimmt. Auch die neun Millionen Wähler der Nazi- und Hugenberg-Partei wurden unter der trügerischen Flagge ihres Scheintampfes gegen den Youngplan gewonnen. Diese werktätigen Volksmassen sind unzufrieden mit der bestehenden kapitalistischen Ausbeuterherrschaft, unzufrieden mit der Katastrophenpolitik, unzufrieden mit dem Youngsystem. Sie sehen aber noch nicht klar die Klassenverbundenheit zwischen den internationalen Youngausbeutern und ihren deutlichen großkapitalistischen Kronogoten. Die Entwicklung dieser Massen zur revolutionären Front gegen das Youngkapital vollzieht sich widersprüchsvoll über einen realitären Zeit- und Raumweg. Über die Tatsache, daß bereits 12 Millionen Abgeordnete von den Wählern der kleineren Parteien gegen den Youngplan abgestimmt haben, gibt dem kommunistischen Antrag eine starke politische Bedeutung.

Die Herren Hitler und Co. ... die von Kopf bis Fuß auf die Weimarer Verfassung eingestellt sind, bereiten sich auf den offiziellen Regierungsaufbau und mit den Parteien der Artikel-18-Diktatur vor. Der "aufrichtige" Freund des Zentralorgans der Brünning-Partei, Herr Hitler, zeigt seine Politik mir, der er den Wahlkampf geführt hat, fort: eine Politik ohne Programm, mit verschwommenem Gerecht und etwas dummem Judentum zur Vertilgung der kommenden Regierungsbeteiligung an der Youngregierung. Der kommunistische Antrag gegen die mäderlichen Youngtribute wird den Nazis im Reichstag und den Parteigängern des Inflationsgewinns Hugenberg die Blöße vom Gesicht reißen. Er wird ihnen kein Ausweichen lassen.

Die Kommunistische Partei zeigt sich in dieser Situation als die einzige Partei, die das Land vor der drohenden Katastrophen retten kann. Sie wird niemals, wie die Rassiführer, die werktätigen Massen ihr Ministersestet verkaufen. Sie ist die einzige Partei, die niemals im Rahmen des herrschenden Ausbeuter-Systems eine Regierungspartei sein wird, wie die SPD und die Nazis. Sie ist die Partei der Befreiung aus dem Joch des deutschen und ausländischen Kapitals. Sie führt die revolutionäre Freiheitsarmee gegen jene Volksverbrecher, die für die Youngkatastrophenpolitik verantwortlich sind und das unermüdliche Elend für die Millionen heraufbeschworen haben.

Mögen die kapitalistischen und die sozialdemokratischen Blätter von einem "Tag der Verzweiflung" schreiben. Wir fragen: Wer war in den vergangenen Jahren am Fuder, wer ist schuld an der Katastrophen-Kat und der Verzweiflung? Die Politiker der Großen Koalition und des Bürgerblocks die Verantwortlichen für die Erfüllung der ausbeuterischen kapitalistischen Profitherrenschaft und des Youngplans mögen sich an die eigene Nase fassen. Sie sind es, die jetzt wieder in ihren Politzeiblättern jammern, mit welchen großen inneren Sorgen man überall dem kommenden Winter entgegensteht! Wir, die Kommunistische Partei, haben immer das Entsetzen, das die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer macht, mit all unserer revolutionären Todesfeindschaft bekämpft. Wir sind nicht für Verzweiflungstaten der Ausbeuteten, nicht für individuelle und durchsichtige Art, sondern wir arbeiten unermüdlich daran, die erbitterten und empöierten Volksmassen in der großen Freiheitsfront der proletarischen Revolution zur entscheidenden Schlacht zu formieren.

Wir werden neue Millionen zu den 4,6 Millionen des 14. September gewinnen. Wir werden die Volksbrüder Hitler und Goebbels entlarven. Wir werden nicht nur die enttäuscht absterbenden Naziwähler des 14. September durch unsere klare und unerhörte kommunistische Freiheitspolitik gewinnen, sondern auch Hunderttausende und Millionen von sozialdemokratischen Arbeitervählern. Zent-Arbeiter, die schon im letzten in ihrem Glauben an die Sozialdemokratie erschüttert — am 14. September noch einmal, das letztemal, zähneknirschend SPD gewählt haben. Die Wahlniederlage der Linke hat in diesen Hunderttausenden die Frage nach ihrer Ursache, die Krise des Wegbereiters der SPD-Führer für den Faschismus ausgerollt. Sie sind in Bewegung, sie sind hochseitsrecht durch die Stimmenzahl der sozialistischen Freiheitspartei — und mit, die einzige Partei der Befreiung, die Partei des revolutionären Kläffentampfes die deutsche Armeesäule der Weltpartei Lenin, werden sie gewinnen!

Oft werden die Taten der Kommunistischen Partei im Parlament vor den werktätigen Massen sichtbar sein; unsere Anträge gegen die Youngausbeutung, gegen die staatlichen Korruptionspraktiken, gegen die imperialistische Militärmacht und die Knüppelpolizei, gegen Kastenjustiz, unsere Forderungen für die starke Befreiung des Reichs, für die Entlastung der Armen, für ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen, der Sozialrentner, der ruinierten Münzschmiede und der verarmten schaffenden Bauern. Außerhalb des Parlaments werden wir mit aller Kraft die Einheitsfront aller Ausbeuteten und Kammeraute unter selbstgewählter revolutionärer Führung, der Belegschaften und aller Werkstätten mobilisieren, die Stunde der Vergefaltung mit dem ganzen Ende der Ausplunderung und dem Nordfascismus vorbereiten.

4,6 Millionen waren am 14. September mit uns. Unsere Politik der Befreiung wird unter Millionenheer gewaltig vermehren, neue begeisterter Kämpfertribünen dem gesichtlichen Siegesbanner des Kommunismus zuführen.

Abrechnung mit den Streifbrechern

Revolutionäre Gewerkschaftsarbeitsfachbericht

Berlin, 23. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat am Sonntag im Brandenburgischen Maschinenfabrikeren, der wichtigsten Sparte im Industrieverband, einen Sieg errungen. Es wurde ein Vorstand gewählt, der auf dem Boden der RGO steht. Die Maschinenarbeiter haben die verdiente Amtswidmung an den sozialdemokratischen Gauvorstand ausgestellt. Als Folge des Abschlusses des bisherigen ersten Vorstandes, des parteilosen Kollegen O. Mahlo, und des Käufleins der anderen Vorstandsmitglieder, fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Die Liste der oppositionellen Kollegen erhielt die absolute Mehrheit mit 672 Stimmen für ihren Spitzenkandidaten, während der Spitzenkandidat der SPD nur 627 Stimmen erhielt.

Die RGO hat die Führung im Kampf

Die Belegschaft der Schnellpressenfabrik Heidelberg beantwortet Lohnabzug mit Streik

Wie überall, hat auch die Direktion der Schnellpressenfabrik Heidelberg seit Wochen eine Aktion zum Abbau der Löhne eingeleitet. Sie fordert eine Lohnherabsetzung von 10 Prozent. Der rote Betriebsrat und die Belegschaft lehnen eine solche unbestimmbare Forderung rundweg ab und erklären, daß sie unter solchen Bedingungen nicht weiterarbeiten. Die mechanische Abteilung legt nach Bekanntgabe der provokatorischen Forderungen der Direktion die Arbeit nieder und nahm sie auch nicht wieder auf, als die Direktion dazu aufforderte. Daraufhin folgte die Aussetzung des ganzen Betriebes. Die Leitung des Kampfes liegt in den Händen des revolutionären Betriebsrats unter Führung der RGO.

Brünings Koalitionsprogramm

Unterstützungsrab, Wahlrechtsrab usw.

Berlin, 23. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Die gestern begonnene Beratung des Programms der Brünings-Regierung wird heute vom Reichskabinett fortgelebt. In der Hauptstunde sollen die neuen Finanzgesetze in Verbindung mit dem inneren Umbau der Reichsfinanzen beraten werden, um weitere Sparmaßnahmen zu ermöglichen. Diese Sparmaßnahmen sollen sich im wesentlichen auf soziale und fiktive Ausgaben erzielen, wobei besonders die Wohlfahrtseinrichtungen, die Arbeitslosenhilfe und sonstige die wirtschaftliche Ausplündierung.

tätige Bevölkerung treffende Einsparungen ins Auge gelegt sind. Außerdem soll die Reichsreform in ihren Konsequenzen festgelegt werden. In dieser Verbindung wird auch vor einer Wahlrechtsreform gesprochen.

Das Programm soll nicht veröffentlicht werden, sondern als Grundlage bei den Verhandlungen der Parteiführer dienen, um dann an den Reichsrat und den Reichstag weitergeleitet zu werden.

Auch Mahraun für Große Koalition

Berlin, 23. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Das Organ der Göttinger Patrioten, der Jung-Deutsche, macht die heftigste Propaganda für die Große Koalition. Zusammenhang mit den künftigen Verhandlungen Brünings mit den Parteiführern schreibt er:

„Iwar hat der Minister Schiele seine Zustimmung zu Verhandlungen mit der SPD nur gegeben unter der Voraussetzung gleichzeitiger Verhandlungen mit den Nationalsozialisten. Es dürfte aber keinen Zweifel darüber geben, daß die Unterhandlungen mit dem rechten Flügel Ergebnisse verlaufen und daß die Orientierung des Kabinetts ohne wesentliche Änderung der Ministerießel zu SPD gehen wird, zumal der Christlich-Nationale Volksdienst bereit ist, die Regierung unter diesen Umständen zu unterstützen.“

Der Jung-Deutsche rechnet mit bedingungsloser Unterstützung der Brünings-Regierung seitens der SPD. Er wird die Feststellung nicht ohne bestimmte Unterlagen machen.

Noch einer, der an die Futtertruppe will

Hamburg, 23. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Anlässlich der Einweihung eines Ehrendenkmales in Tiefenbrücke Grzesinski an das Zentrum der Friedenspolitik zurückzufallen, sondern sich mit der Partei zu verbinden. In seinen weiteren Aussführungen wird darauf hin, daß die Sozialdemokratische Partei und das Reichsbanner es nicht dulden würden, daß eine andere Regierung zu 10 Jahren lang gekämpft haben.

Nach Braun, Seering und Breitscheld meldet sich nun auch Herr Grzesinski für die künftige Regierung der Hamburger Ausplündierung.

Die Ruinierung der Kleinbauern

Futterpreise erhöht / Die Junker sind seit geworden / Und wieder ein Sozialdemokrat...

Die Großgratzer haben ihren Roggen an die Stützungsstelle des Sozialdemokraten Dr. Baade teuer verkauft. Billige Einkontingen laufen sie für 6 Reichsmark den Zentner und machen damit Schweine und Kinder teif. Dieses Geschäft haben die Junker in der Tasche. Jetzt, wo die Klein- und Mittelbauern anfangen, ihr wenig Getreide auf den Markt zu bringen, um einiges Geld zu lösen und sich dafür einige Zentner Buttermittel für Schweine und Flederhas zu kaufen, macht die Roggenstützungsstelle Schiele-Baade & Co. ihren Laden zu und lebt ab 8. Oktober, wenn die Kleinbauern etwas Kraftfutter den Schweinen und dem Geflügel geben, den Preis für

Mais um 20 RM pro Tonne in die Höhe. Der kleine Bauer soll also gezwungen werden, seinen Schweinebestand zu verlieren oder er muß die teuren einheimischen Buttermittel, die direkt grundsätzlich baut, kaufen. Die Hugenberg-Schule hilft hier im Wahlkampf den Kleinbauern Schutz der Landwirtschaft zu sprechen. Die Wahlen sind vorbei. Die Ausplündierung auch der Kleinbauern wird in verstärkter Weise von den Großagrariern und von der Brüningschen Diktatur-Regierung gezeigt. Im Bunde mit der Arbeiterklasse und unter Jungen der Kommunistischen Partei müssen die Kleinbauern gegen die Ausbeuterfamilie kämpfen.

„Arbeiter“ in Generalsuniform

Die Naz.- „Arbeiter“-Vertreter im neu gewählten Reichstag

Die Nazi-Zeitung schreibt, daß die Nazipartie im Reichstag aus „Arbeitern der Stein und Eisen“ besteht. Bei einer flüchtigen Durchsicht der Nazipartei findet man unter den neuen M. d. R. der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter“-partei u. a. folgende „Arbeiter“:

Kapitäleutnant a. D. Graf Neuenkow, General a. D. Ritter von Epp, Major a. D. Buch, Oberst a. D. Hiel, Oberstleutnant a. D. von Ulrich, die ehemaligen fächerlichen Hauptleute Höhring, Strasser, Poepel und Willensk, der Freiherr von Wangenheim, der Rittergutsbesitzer von Pödom, der Fabrikbesitzer Mutschmann, die Regierungsräte von der Krebsch und Dr. Faberius, der Landgerichtsdirektor Dr. Franzen, der Pastor Münnheimer, der Kommandeur Heines, der Staatsminister Dr. Frei.

Im ganzen liegt sich die Nazipartie im weiteren nach den Angaben des „Angriffs“, der noch einige Fälschungen im Sinne der „Arbeiterliste“ vorgenommen hat, aus 15 Parteidien, Gauleitern und Kreisbeamten, 10 Studenten, Oberlehrern und Lehrern, 8 Rechtsanwälten und sonstigen Akademikern, 5 Regierungsräten und Postinspektoren, sowie 7 Landwirten, unter denen die Großbauern in der Mehrzahl sind, zusammen. Nur 10 Arbeiter stehen noch dem „Angriff“ eigentlich auf der Liste hinzu kommen noch 23 Selbständige, Angestellte und Beamte.

Ganz besonders als „Arbeitervertreter“ geeignet sind u. a. der Fabrikbesitzer Mutschmann, der seinen Arbeiterinnen die Zahlung von Tochterlöhnen verweigert und die sich deshalb beschwerenden Arbeiter und Arbeiterinnen mit Obszönem bedroht, der General von Epp, der 1919 im Solde der SPD-Regierung und des Herrn Noske die Sonder-Räterepublik im Blute der Arbeiter errichtete, der pleithische Henemöder Heines, der Landgerichtsdirektor Dr. Franzen, der im Dienste der Bourgeoisie revolutionäre Arbeiter ins Zuchthaus wirft, der Rittergutsbesitzer von Corswandt, der keine alten deutschen Landarbeiter auf die Straße wirft und polnische Landarbeiter beschäftigt, die er als Lohnräuber und Streikbrecher ausnutzt und ausbeutet.

Der Herr Major Buch ergatterte sein Mandat, weil er 1928 Hitler 40 000 Mark pumpte, die Hitler nicht zurückzahlt, wodurch Buch sich den kleinen Mussolini laufen ließ, genaus wie der Fabrikbesitzer Mutschmann, von dem der ehemalige Naziaufgebotete Hellmuth von Mücke öffentlich erklärte, daß der reiche Fabrikant Mutschmann sich Herrn Hitler finanziell verschuldet hat.

Den neu gewählten „Arbeitervertretern“ Dr. Kochbels, Dr. Leo und Pastor Münnheimer werden ihre eigenen Anhänger Korruption vor der Abgeordneten Rechtsanwalt Karpenstein müht sich am 1. 8. d. J. in Greifswald in einer öffentlichen Versammlung vor Kommunisten lagen lassen, daß er ein Schwindler und Lügner sei um

Freundlichkeit zu beweisen. Sie werden als getreue Kulis des Geldgebers, als Einigkeitler der Younggläubigen ihr wahres Gesicht zeigen. An den Folgen ihres „Wahlseiges“ werden die Nazis wieder ein.

Um die Einführung der Youngzählungen

Berlin, 23. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Die Politische Zeitung beschäftigt sich in ihrer Montagsausgabe mit dem kommunistischen Antrag, der die Einführung aller Youngzählungen fordert. Die Politische Zeitung schreibt:

„... Daß die Annahme dieses Antrages katastrophale Folgen hätte, ist klar. Wir leben ohne weiteres daraus, daß durch das Gewissen und das Gefühl der Verantwortung ein Teil der Parteien, die am 12. März gegen den Youngplan bestimmt haben, beantragt, den kommunistischen Antrag abzulehnen. Die Feststellung, welche Gruppenlebensgefährliche Experimente in der Außenpolitik ableben, schafft eine Klarung, die auf die Mehrheitsschaft nicht ohne Einfluss sein kann.“

Gleichzeitig weist die Politische Zeitung darauf hin, daß die Parteien, die bei der Abstimmung am 12. März gegen den Youngplan bestimmt haben, heute im Reichstag über eine Mehrheit verfügen. Auf jeden Fall aber ergäben sich, wenn der Antrag eingereicht werde, sehr bedeutsame parlamentarische Möglichkeiten, deren Tragweite zunächst noch nicht deutlich werden könnten.

Vor dem Generalstreik in Spanien

Madrid, 23. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Das Streikkomitee der Arbeiter des Nahrungsmittelgewerbes veröffentlicht eine Kundgebung, in der zum Generalstreik aufgerufen wird, wenn die Forderung auf allgemeine Lebensmittelversorgung und Aushebung der Besteuerung des Arbeitnehmers nicht bis zum 1. Oktober angenommen wird.

Witterungsaussichten für Mittwoch den 24. September: Wolkig bis zeitweise heiter, nachts leicht fühl. Temperaturen am Morgen niedrig. TagessTemperaturen im Hochland bis zu möglichster Wärme ansteigend. Schwache bis mögliche Wärme abends. Möglicherweise bis mäßiglicher, im Gebirge auch aus jedemzeitlicher Kälte. Zustand der Wetterbedeckung vorläufig noch fraglich.

Schuh-Ostreich

DAS BILLIGE SCHUHHAUS DRESDENS

Cigarren von Willi Beutner
zahlt nicht! sind viel besser und bedeutend billiger!

Dresden, Ämterstr. 39
 Frauenstr. 9
 Wettinerstr. 16
 Breitestr. 10Pirna, Schlossgasse 3
 Freiberg, Korngasse 5
 Bautzen, Lauengraben 14
 Zittau, Rathausplatz 2

6%

SCHUHE BEUTNER
CIGARREN

ca. 900

Geschäfte

7243

Emil GemeinhardtWebergasse 6
 Lebensmittel, Nudeln, Maffaroni,
 Honig, Kaffee,
 6 Prozent Rabatt

7101

Bitte verlangen Sie in allen einschlägigen Geschäften die gute Butter von BUTTER-BEUTNER!
 Annenstraße 38 und Hauptmarktstraße 167
 Großes Spezialhaus für Stückbrotbäcker [7004]

ca. 900

Geschäfte

7243

Hausfrauenverlangt in Geschäften aller Branchen nur die Rabattmarke des
Allgemeinen Rabatt-Sparvereins Groß-Dresden (E. V.)

Vollgeklebte Bücher werden jederzeit eingetauscht

„Aldler“ und „Orga“

find Schreibmaschinen für jeden Gebrauch

Einkehrtstelle im Südviertel

Balke Max, Osibahnstraße 8

Photo-Schönfeldt

Amalienstraße 10

Offenbacher Lederwaren

Amalienstraße 24

Alaunstraße 13

7054

7056

7057

7058

7059

7060

7061

7062

7063

7064

7065

7066

7067

7068

7069

7070

7071

7072

7073

7074

7075

7076

7077

7078

7079

7080

7081

7082

7083

7084

7085

7086

7087

7088

7089

7090

7091

7092

7093

7094

7095

7096

7097

7098

7099

7100

7101

7102

7103

7104

7105

7106

7107

7108

7109

7110

7111

7112

7113

7114

7115

7116

7117

7118

7119

7120

7121

7122

7123

7124

7125

7126

7127

7128

7129

7130

7131

7132

7133

7134

7135

7136

7137

7138

7139

7140

7141

7142

7143

7144

7145

7146

7147

7148

7149

7150

7151

7152

7153

7154

7155

7156

7157

7158

7159

7160

7161

7162

7163

7164

7165

7166

7167

7168

7169

7170

7171

7172

7173

7174

7175

7176

7177

7178

7179

7180

7181

7182

7183

7184

7185

7186

7187

7188

7189

7190

7191

7192

7193

7194

7195

7196

7197

7198

7199

7200

7201

7202

7203

7204

7205

7206

7207

7208

7209

7210

7211

7212

7213

7214

7215

7216

7217

7218

7219

7220

7221

7222

7223

7224

7225

7226

7227

7228

7229

7230

7231

7232

7233

7234

7235

7236

Die Sozialdemokraten lösen ihre Wahlversprechungen ein:

**„Sozialdemokratische Hilfe für die Dresdner Erwerbslosen“
gestern auf den Gant-Nimmerleinstag verschoben!****SPD stimmt gegen eigene Anträge um den Interessen der Trustbourgeoisie gerecht zu werden**

Nach Erledigung verschiedener Tagesordnungspunkte, die meist einstimmig angenommen wurden, begründete Genosse Körner einen Antrag, der vom Kollegium einen Beschluss verlangt, a) die eingezogenen 17 Nachtwachen der Wohlfahrtspolizei wieder zu eröffnen, damit die erste Hilfe bei allen Notständen der Dresdner Bevölkerung sofort eingelegt werden kann, b) jeden Abbau von Wohlfahrtspolizeibeamten zu unterlassen.

Daß jetzt haben sich derartige Missstände infolge der Einziehung der Wohlfahrtspolizei-Nachtwachen herausgestellt, daß unter Antrag angenommen werden muß. Wir fordern Streichung von Mitteln für die Schuhpolizei, weil dort geplant werden kann. Der Antrag geht an den Verwaltungsausschuß.

**Kommunistischer Vorschlag
gegen Straßenbahnborschlechterungen**

Mit einer ausführlichen Schilderung der unzulässigen Zustände im Dresdner Straßenbahnbetrieb gab Genosse Lade die Begründung für seinen Antrag, der fordert:

Kollegium wolle beschließen,
a) von der Dresden Straßenbahn-AG zu fordern,
1. daß die angekündigten Betriebs einschränkungen nicht zur Durchführung gebracht werden, um damit verbundene Gefährdung der Betriebsicherheit, Abwanderung von Fahrgästen und Arbeitserlassungen zu verhindern;
2. daß die bisher erfolgten Entlassungen der Sonntags-Aushilfschaffner zugänglich gemacht und angekündigte weitere Entlassungen nicht vorgenommen werden;
3. daß an Stelle der von der Direktion vorge schlagenen Arbeitsstreckung bei Arbeitern, Angestellten und Beamten vom 15. September 1930 an der Siebenstundentag (Vierzig Stundenwoche) ohne Kürzung des Dienstes kommens eingeschoben wird;
4. den Rat zu ersuchen,
1. Auskunft darüber zu geben, welche Personaleinsparungen durch Personierung, Entlassung usw. seit Gründung der Aktiengesellschaft vorgenommen wurden, bzw. wieviel Stellen unbefüllt sind;
2. inwieweit dabei durch die baubehördliche Arbeitsstreckung die vertragsmäßig zugelassenen Rechte der Beamten berührt worden sind bzw. berührt werden.

SPD-Betriebsräte als Spione

Ebenso wie die Tarifschaffner, lehnen die Beamten der Rationalisierungsmethoden der Direktion ab. Im Verwaltungsrat, in dem SPD und Nazis vertreten sind, wurden einstimmige Beschlüsse praktisch, gegen deren praktische Auswirkungen unter Antrag hinausgetragen. Die Belegschaft sieht hinter unserem Antrag insbesondere unserer Forderung auf Siebenstundentag mit Vorausgleich. Ein roter Betriebsrat, der das "Verbot" begangen haben soll, die Straßenbahner zum Kampf für die Forderungen aufzurufen, soll mit Hilfe des Arbeitsgerichts seiner Funktion entthoben und entlassen werden. Während er ist, die Betriebsräte Spieldienste für die Direktion ablehnen, werden sich am SPD-Betriebsrat freiwillig als Zeugen zur Anklage gestellt.

SPD-Kirchhof polemisiert gegen „Streitbecker“

Kirchhof (SPD) erklärte hierauf in gewundener Rede, daß die Maßnahmen der Direktion zu billigen seien. Am übrigen sahen die Gewerkschaften alles gelten. Vielleicht hätte mehr tun können, wenn die Kommunisten nicht soviel Arbeit aus den Gewerkschaften herausgefordert hätten". (!!) Der revolutionäre Betriebsrat hätte „zum Siret gehetzt“ (!) und seine Tätigkeit politisch ausgenutzt“ (!!).

Richter, Vertreter der NSDAP, die für die Straßenbahnborschlechterung im Aufsichtsrat gestimmt hat, lädt sich dann in "Protestgeschei" gegen die Anteichheitspolitik.

Genosse Gäbel antwortet der sozialdemokratisch-bürokratischen Arbeitsgemeinschaft

Genosse Gäbel sah es ähnlich bestellt, daß Kirchhof die Befreiung für später von der bürgerlichen Seite einzuhaltende Anträge gegeben habe. Kirchhof empfahl den Arbeitern, ruhig und still zu sein, statt den kommunistischen "Helden" zu folgen. Kirchofs "Argumente" sind die des Verbandes,

Sächsischer Industrieller. Im übrigen hat Herr Kirchhof mit seiner Rederei die Spieletätigkeit seiner Parteigenossen nicht nur bestätigt, sondern sie selbst fortgesetzt, indem er von Streitbegegnung sprach. Die gegenwärtig vorhandene Überfüllung der Straßenbahn ist ein Standort, der freilich von der völkisch-sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Aufsichtsrat eifrig gefordert wird. Was wir vorauslagen, ist eingetroffen: auf die wohlverworbenen Rechte der Straßenbahner wird im Interesse des Profits gepfiffen. Der 14. September zeigte aber, daß die Arbeiter immer mehr erlernen, daß sie nur unter kommunistischer Führung kämpfen müssen. Diese Erkenntnis wird auch die Pläne der Straßenbahndirektion früher oder später zwingend werden lassen.

Hierauf gab Finsterbusch (SPD) eine demagogische Erklärung ab, indem er behauptete, "Herr Gäbel habe geglaubt, mit großen Gesten auf den Sozialdemokraten herumtreten zu müssen". (Finsterbusch redet sich ja in Eile, daß Rößl ihm zuviel: "Der Quatschhof") Nur die Kommunisten seien an den schlechten Zuständen schuld.

Nachdem der Nazi Richter eine Rede zur Verhinderung der miterwähnten nationalsozialistischen Streitbrecherpraxis gehalten hatte, brachte Genosse Gäbel authentisches Material über die Nationalsozialisten als Streitbrecher, so daß es den Nazis schließlich die Sprache verschlug.

**Einheitsfront von SPD und Nazis
gegen die Straßenbahner**

Genosse Lade ging im Schlussswort noch einmal mit den sozialdemokratischen Arbeitervorläufern ins Gericht. Der Punkt a) des Antrages wird gegen die Stimmen der KPD abgelehnt, der Punkt b) einstimmig angenommen. Der darauffolgende kommunistische Antrag: Kollegium wolle beschließen, den Rat zu erüben, dem Fürsorgeamt Anweisung zu geben,

a) die von den Kreisstellen von Fürsorgeempfängern verlangten elberstaatlichen Versicherungen nicht mehr zu fordern und
b) alle Anträge auf gerichtliche Verfolgung zurückzuziehen, wurde gegen die Stimmen der KPD abgelehnt.

Dann ergibt Finsterbusch (SPD) das Wort, um den **Wahlhöder der SPD:**
„Hilfe für die Erwerbslosen“

mit einer langen Rede, in der er "sein warmes Herz" für die Erwerbslosen leuchtend ließ, als ernst gemeint zu deklarieren. Der "Kämpfer" für die Erwerbslosen gab aber schon in seiner Rede zu erkennen, daß der Antrag in einem Ausdruck verdeckt eingeschoben und dort eingehend "beraten" werden muß.

Unsere Fraktion, die die Schlussberatung beantragte, blieb damit allein. Die SPD stimmte mit allen übrigen Parteien zweimal gegen die soziale Schlussberatung ihres eigenen Antrages. (Lebhafte Pflichtrede von der Tribüne: "Wo die eure Wohlversprechungen?" Rößl bemüht sich in einer Erklärung, die Stellung seiner Fraktion zu rechtfertigen, die törichten Zuhörer auf der Tribüne könnten ihn nicht irre machen").

Genosse Schapels kennzeichnete in treffenden Worten

die Demagogie der SPD, die sich hier sehr treffend selbst entlarvt.

Finsterbusch versuchte strampelhaft, die sozialdemokratische Schiebung zu vertuschen und "nachzuweisen", daß der Antrag unbedingt in den Sonderausschuß für Notstandsarbeiten gehöre.

Genosse Neuhof entlarvt die Methoden der Sozialdemokraten, denen es mit der Berichtigung in den Sonderausschuß nur darum zu tun ist, die Forderungen fallen oder den Antrag sich zu lassen zu lassen.

Franke beschimpft Tribünenbesucher

Hierauf stieg Franke (SPD) in die Diskussion ein, um die Demagogie der Kommunisten anzunageln und die Tribünenbesucher in gehässige Ausführungen zu beschimpfen, weil sie ihrer Empörung über die sozialdemokratische "Erwerbslosenhilfe" ein wenig kräftig Ausdruck gegeben hatten. Mitten in die Diskussion hinein plazierte die Feststellung, daß der Sonderausschuß, an den die SPD ihren Antrag "verweisen" ließ, überhaupt nicht besteht! Herr Rößl behauptet zunächst das Gegenteil. Schließlich wird der Antrag doch noch in einem Sonderausschuß "untergebracht", worauf der Vorleser Holl, die personifizierte Hilflosigkeit, über einen Schlussantrag abstimmen läßt, mit dem Ergebnis, daß die Sitzung geschlossen wird.

Der obligatorische SPD-Wahlchwundel

Was wir bereits vor 14 Tagen vorauslagen, ist folgerichtig eingetroffen. Der SPD lag gar nichts daran, ihre Wahlversprechungen einzulösen. Sie hatte alles Interesse, diesen Antrag in einen Ausdruck zu verenten. Das schrieben wir, und das ist eingetroffen. Herr Bührer, der sozialdemokratische Finanzdezernent, hat sich mit seinem Wort zu den Forderungen seiner Fraktion geäußert.

Die SPD treibt ein betrügerisches Spiel. Sie weiß genau, daß Bührer die Anträge ablehnt, weil sie gegen den Kurs verstoßen, der zu wahnwitzigen Abstrichen am Wohlfahrts- und Fürsorgeetat geführt hat.

Deshalb, um Zeit zu gewinnen, mußten die Forderungen in der Dunstcammer eines Ausschusses verenten werden. Dort hat die SPD die Möglichkeit zum Verschleppen und die Forderungen langsam in Vergessenheit geraten zu lassen.

Dieses Spiel mit den Erwerbslosen ist der SPD nur zum Teil programmatisch gelungen; denn unsere Fraktion und die Arbeitervolksmeind sind es, die dieses Manöver der sozialdemokratischen Wahlchwundel rechtzeitig durchschauten und vor den Erwerbslosen entlarvt.

Doch dies die SPD selbst jubelt, daß die Betrüger merken, daß sie vor der breiten Arbeitervolksmeind gesellt worden sind, daß sie nicht ihr unschönes oder frech-proletaristisches Auftreten. Aber beides läßt nicht über die Tatsache hinweg, daß die SPD, um ihren Wahlbetrag nicht entlasten zu müssen, zweimal für Verschleppung ihres eigenen Antrages stimmten, obwohl eine Mehrheit für diesen Antrag vorhanden war.

Diese Tatsachen werden manchem bisher nach der SPD stehenden Proleten die Augen öffnen und ihn davon überzeugen, daß er in die rote Klassenfront gehört, die von der KPD zum Kampfe gegen die Trustbourgeoisie und ihre national- und sozialfascistischen Lakaien geführt wird.

Die Füchse schwören den Marxismus ab

Klassenhass gegen menschenverblödende Religion ist für die „Deutschen Freidenker“ nicht tragbar

Am Donnerstag, dem 18. September, hat endlich nach langer Pause wieder einmal die Gruppe Plauen des Deutschen Freidenkerverbands getagt. Die Leitung dieser Gruppe, unter Führung des Metallarbeiterbonzen Schmidt, ist so ziemlich das stupideste, was irgend denkbare ist, wie sich aus den fortgesetzten Prozessionen gegen oppositionelle Genossen ergibt. Fuchs, Mitglied des Bezirkvorstandes, rotierte ein jämmerliches Referat über disidentitätsliche Fürsorge herunter. So weit man von einer Linie in diesem Gemälde überhaupt reden kann, forderte er Staatshilfe durch Anerkennung des Verbandes als Körperschaft, Organisation der disidentitätslichen Fürsorge, durch welche dann dem Verein neue Mitglieder zugeführt werden könnten. Im übrigen

nur kleinbürgerliche Wohlfahrtspflege nach dem Rezept der Kirche oder Hellsarmee.

Die Opposition rechnete mit Fuchs ab und wies darauf hin, daß der Verband sich bei Organisierung dieser disidentitätslichen Fürsorge auf den Standpunkt des Klassenkampfes stellen müsse, wenn ein praktischer Erfolg auch für die proletarische Kulturrevolution erzielt werden soll. Eine Resolution wurde von der KPD, nachdem Fuchs und Schmidt mit den blödesten Argumenten dagegen polemisierten, abgelehnt. Der Wortlaut wird nachstehend veröffentlicht, um den Genossen im Deutschen Freidenkerverband zu zeigen, daß diese Reformisten nicht daran denken, wirklich eine proletarisch-disidentitätsliche Fürsorge, sondern kleinbürgerliche Wohlfahrtspraxis zu über, zu dem einzigen Zweck, die Körperschaften vom kapitalistischen Staat und einige Bettelpfennige aus der Staatskasse zu erhalten.

Entschließung

„Die Mitgliederversammlung des Deutschen Freidenkerverbandes, Gruppe Dresden-Plauen, erkennt die Notwendigkeit einer umfassenden disidentitätslichen Fürsorge, durch welche die sozialen Opfer des Kapitalismus (Kranke, Invaliden, Gefängnisinsassen, Kinder, Fürsorgebedürftige aller Art) betreut und im marxistischen Sinne beeinflußt werden.“

Gleichzeitig aber verurteilt die Versammlung auf das schärfste, daß die disidentitätsliche Fürsorge, die besonders im Ruhrgebiet wirkt und sich bereits beachtlicher Einfluß sicherte, vom Verbandsvorstand zerstört wurde aus Gründen der Staatsräson dieser kapitalistischen Republik. Soll diese Einrichtung eine wirkliche im Interesse des Proletariats liegen, ist erforderlich:

1. Bewußte und schärfste Kampffront gegen alle religiösen und neutralen Einrichtungen dieser Art.
2. Keinerlei Rücknahme auf die zum Faschismus führenden Koalitionsinteressen der SPD-Führer mit dem Zentrum.
3. Instruktion und Schulung des Fürsorge vom Standpunkt des revolutionären Marxismus.
4. Absehung jeder Bindung durch Eintragen der Vereinigung, um so die Gesamtstellung, die bei Durchführung der Grundzüge mit dem Staat der Ausbeuter in Konflikt geraten kann, zu rütteln gegen die Klassenjustiz politischer und materieller Korruption.
5. Die Tätigkeit der disidentitätslichen Fürsorge ist eine ehrenamliche und kann nur ausgeübt werden von Arbeitern und Arbeitern, die von einem glühenden Klassenhass gegen die menschenverblödende Religionsgesellschaften beseelt sind.“

Die Revolutionäre Freidenkeropposition wird alles daransetzen, um die Mitgliederversammlung für diese Forderungen zu gewinnen, um so die disidentitätsliche Fürsorge zu einem Mittel für die Gewinnung von Klassenkämpfern zu gestalten.“

Marxistische Arbeiterschule Dresden

Mittwoch am 24. September, 1930 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung in der ZfA, Poppitz 18. Tagesordnung: Ausgabe der Schulprojekte, Vertrieb der Karten für den Wirtschafts-Vortrag, Schultechnisches, Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Kranker Arbeiter schreibt aus der Krim:**„Erholungsheime sind nur für Arbeiter da!“**

In Deutschland aber schlemmen die kapitalistischen Faulenzer in den Kurorten — Nur ein Sovjet-Deutschland wird dies zugunsten der Werkstätigen ändern

Das Essener Bruderblatt "Ruhrecho" veröffentlicht folgenden Brief. Er läßt den Gegensatz zwischen Young-Deutschland und Sowjetdeutschland so recht offenbar werden.

Die Redaktion.

Miscour, 4. September 1930.

Meine Lieben!

Endlich komme ich dazu. Euch einige Zeilen zu schreiben. Ich befinde mich zur Zeit in einem Erholungsheim am Schwarzen Meer. Dieses Schloß hat der Onkel des berüchtigten Nikolaievitch erbaut. Vor der Revolution hat die Schweizer des Jaren darin gehaust. Von Euch kann es sich leicht vorstellen, wie viele Parasiten hoch in den Bergen geschlemmt und geprahlt haben. Und jetzt gehört das alles der Arbeiterschaft. Jeder Arbeiter kann dorthin kommen und sich erholen. Der Vohn geht weiter, die Verpflegungslosten in den Erholungsheimen zahlt der Staat. Es gibt hunderte solcher Erholungsheime hier am Schwarzen Meer. Ich bleibe hier bis zum 30. September und fühle mich sehr wohl. Wie gern möchte ich Euch hier haben. Die Arbeiterrinnen haben genau dasselbe Recht auf die Erholungsheime wie die Arbeiter. Auger mir befinden sich noch zwei Genossen hier. Wir sind am 29. August, abends 8.30 Uhr, von Moskau abgefahren und waren am 31. August, nachmittags 2 Uhr, in Sebastopol. Abends wurden wir untersucht und am 1. September, morgens 10 Uhr, sind wir mit dem Dampfer, der 1000 Personen fährt, wie Stunden auf dem Schwarzen Meer gefahren. Von dem Ort Jarduis aus ging es mit dem Motorboot noch dreiviertel Stunde.

**SPD steht stramm
vor Brüning****Tatsachen schwarz auf weiß**

Die SPD hat durch ihre Minister während der Zeit der Großen Koalition der faschistischen Diktatur den Weg geebnet. Sozialdemokratische Minister haben die Vorschläge ausgearbeitet, deren sich jetzt die Brüning-Regierung bei der Ausweitung der Werktagen bedient. Auch jetzt kämpft die SPD nicht gegen die Brüning-Diktatur, sondern unterstützt sie. Die Dresdner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion lehnte in der Sitzung vom Montag dem 15. September, also einen Tag nach der Wahl, einen kommunistischen Antrag ab, welcher fordert:

6. Alle Gemeindezuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer sofort aufzuheben.

Vereinbart sich das mit den Wahlversprechungen der SPD? Nein! Antwortet! Hinein in die KPD!

Rund um den Erdball

Die tägliche Totenliste

Verkehrstatastrophen in aller Welt

Folgeschweres Straßenbahnglück in Nizza — In Breslau rast Auto in Menschenmenge — Zwei Tote, zwei Schwerverletzte in Bad Dürkheim — Krafswagen vom D-Zug überschlagen, drei Todesopfer

Paris, 22. September. Am Sonntag ereignete sich in Nizza ein schweres Straßenbahnglück, bei dem etwa 20 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Der Unfall ereignete sich auf der Strecke St. Jean-Cap Ferrat. Der vollbesetzte Straßenbahnwagen entgleiste in voller Fahrt auf einer abschüssigen Strecke, prallte gegen ein Haus und kippte um.

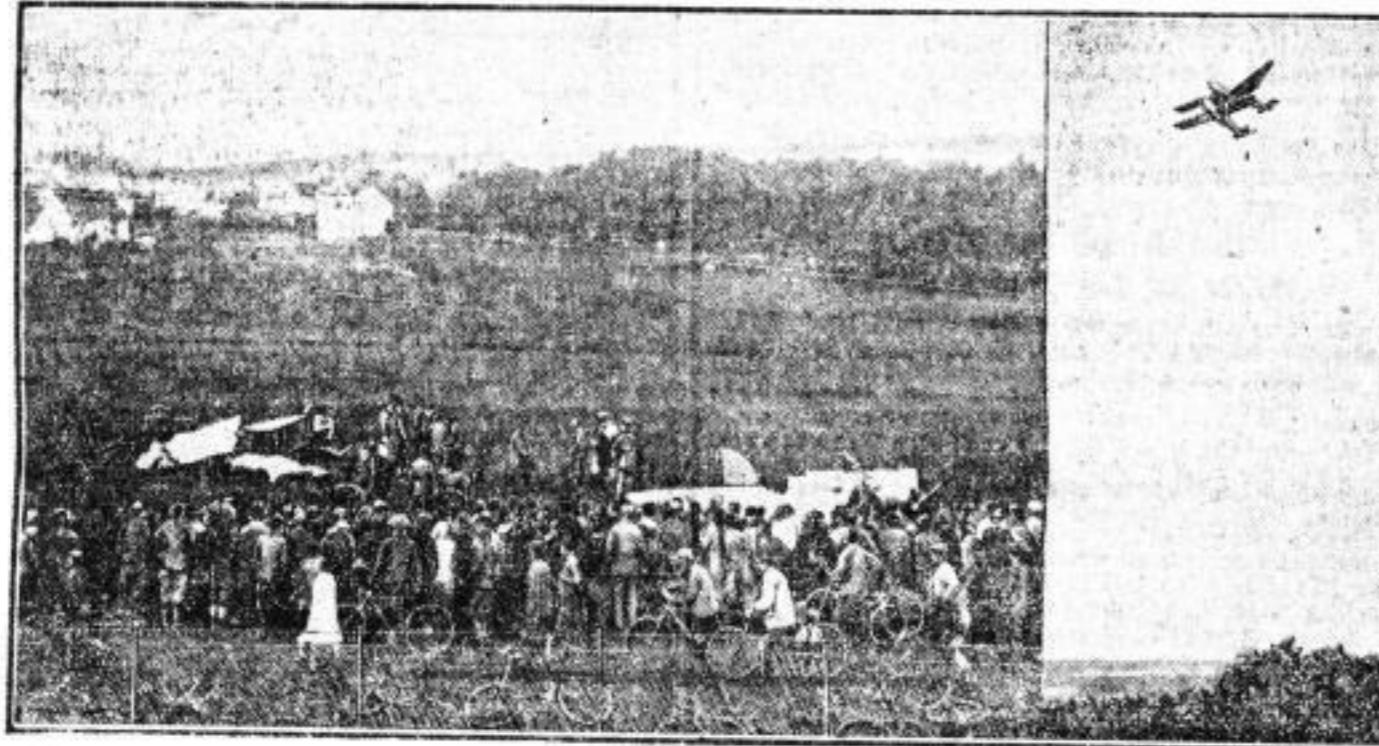
Breslau, 22. September. In Breslau ereignete sich am Sonnabend ein schwerer Verkehrsunfall, dem drei Menschen zum Opfer fielen. Auf der Fahrt nach Oels fuhr im Sybillenort ein Personenauto in eine aus der Straße gehende Menschenmenge hinin. Hierbei wurde ein Bahnbeamter, der das Auto mehrere Meter mitgeschleift, sofort getötet, während seine beiden schulpflichtigen Kinder, die er an der Hand führte, so schwer verletzt wurden, daß sie bald darauf starben.

Bad Dürkheim, 22. September. Ein Mannheimer Taxameterbesitzer hatte am Sonnabend auf der Landstraße bei

Bad Dürkheim eine Reparatur an seinem Wagen vorzunehmen, als ein Motorradfahrer mit voller Wucht gegen den Wagen raste. Der Motorradfahrer und sein Sohn wurden vom Rad geschleudert und waren sofort tot. Beide Wunderburschen, die in der Fahrtrichtung des führerlos weiterfahrenden Motorrades gingen, wurden ernsthaft und endlich wurde eine im Auto sitzende Person leicht verletzt.

Arnheim, 22. September. An der Bahnhofstraße Arnheim-Belp wollte am Sonntag ein Krafswagen einen ungesicherten Bahnübergang passieren, in demselben Augenblick kam ein D-Zug angerast, der das Auto erschien und etwa 300 Meter weit mitgeschleift. Die Krafswagenführerin und ihr achtjährige Tochter waren sofort tot. Der fünfjährige Sohn erlag kurz nach dem Unglück seinen schweren Verletzungen.

Die Gemeinsame Beerdigung der Böblinger Opfer



Unter Beteiligung einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge wurden am Sonntagnachmittag auf dem Böblinger Friedhof die vier, bei der Vorführung von Flugakrobatischen Übungen tödlich verunglückten Flieger in einem gemeinsamen Graben beigesetzt. Das Unglück entstand, wie wir bereits berichteten, dadurch, daß bei dem Versuch des bekannten Flugakrobaten Schindler, von einem Flugzeug

auf ein anderes überzusteigen, die übereinander liegenden Maschinen sich zufällig kamen, sich ineinander verlängten und abstürzten. Da die Vorführung, womit Schindler die Gefährlichkeit dieser wahnsinnigen Luftübungen beweisen wollten, gefilmt wurde, ist der Zusammenstoß der beiden Maschinen im Bilde rechts oben festgehalten worden. Links sehen wir die Trümmer der beiden Flugzeuge.

Im Hotel „Zu den sechs Särgen“

Erbegräbnis als Zufluchtshöhle

Nächtlicher Spuk auf dem Rintelner Friedhof

Rinteln, 22. September. In der Nacht zum Sonntag beobachteten Passanten auf dem Friedhof der Stadt Rinteln an der Weser einen älteren Mann, der mit einer Blendlaterne und einem Sack auf dem Rücken sich an dem Erbbegräbnis einer bekannten Rintelner Familie zu schaffen machte. Scheinbar mühsam schloß er die Tür auf und verschwand im Innern der Familiengruft.

Da die Passanten ein Verbrechen vermuteten, benachrichtigten sie sofort die Polizei, die den Friedhof umstellte. Zweimal drangen vorsichtig in das Innere der Gruft, aus der ihnen zu ihrer Verwunderung

Statt des erwarteten Modes- resp. Verwehungsgeruches die lieblichen Gerüche einer Abendmahlzeit entgegenstanden.

Nun entdeckten sie auch den alten Mann, der es sich zwischen den lebend hier stehenden Särgen kaum gemacht hatte und gerade dabei war, sich in einer Pfanne einige Spiegelteig zu braten.

Bei näherer Durchsucht fanden die Beamten in dem eigenartigen „Hotel“ eine Batterie Weinflaschen sowie einen reichen Vorrat der besten Zigarren und Zigaretten. Der ungewöhnliche Besuch der Kriminalbeamten überraschte den jungen Höhlenbewohner derartig, daß er keinen Widerstand zu leisten fähig war.

Später stellte sich heraus, daß es sich hier um den Anfang September aus dem Zuchthaus in Münster entlassenen Straftäter Friedrich handelte,

der dringend im Verdacht steht, nach seiner Entlassung viele schwere Einbrüche verübt zu haben.

Friedrich hat nicht weniger wie 25 Jahre seines Lebens

in Zuchthäusern zugebracht und es war ihm daher trotz aller Bemühungen nicht mehr möglich, sich auf legalem Wege irgendwie Arbeit oder Einkommen zu verschaffen.

Ostlandischer Dampfer gesunken

Nach einer Meldung aus Kopenhagen befürchtet man, daß der ostlandische Viehtransportdampfer „Sitos“, der am 1. September Esbjerg mit einer Viehladung nach Antwerpen verließ, unterwegs untergegangen ist. Normalerweise hätte die Reise von Esbjerg nach Antwerpen zwei Tage gedauert.

Nach Schluß der Vorstellung:

Raubmörder im Theater festgenommen

Der Verhaftete trug die Sachen des Ermordeten

Lübeck, 22. September. Am Sonntag abend gelang es im hiesigen Stadttheater den Mörder des Kaufmanns Luck aus Preß zu verhaften. Durch einen Zufall wurde die Lübecker Kriminalpolizei gewahr, daß der Täter am Sonntag das Stadttheater besuchen wollte. Daraufhin wurde das Theatergebäude von einem starken Polizeiaufgebot in Zivil bewacht.

Nach Schluß der Vorstellung gelang es dann, den 59jährigen,

Verzweiflungstat eines Schwerkriegsbeschädigten

Mit seinem Selbstfahrer ins Wasser gestürzt
Schwerin, 22. September. Am Sonnabend nachmittag hat der schwerkriegsbeschädigte Schuhmacher Baesse in Strelitz-Alt in einem Anfall von Schwerer Selbstmord verübt. Ihm waren im Kriege beide Beine abgeschossen worden. Aus Verzweiflung darüber stürzte er sich jetzt mit seinem Selbstfahrer in den nahen Mühlsee, wo er durch Ertrinken den Tod fand.

Rekordwahnsinn fordert neues Todesopfer

Der Todesprung von der 92 Meter hohen Hudsonbrücke

New York, 22. September. Der amerikanische Berufsschwimmer Perh sprang im Verlauf eines Wettschwimmens von dem Mittelbogen der vor einiger Zeit errichteten 92 Meter hohen Brücke über den Hudsonfluß in das Wasser. Beim Hinunterstauen verlor der Springer die Gewalt über seinen Körper, prallte mit dem Rücken auf die Wasseroberfläche und war auf der Stelle tot. Der Todesprung vollzog sich vor den Augen von zehntausenden Zuschauern.

Der Sturm an der französischen Küste

9 Seeleute ertrunken — Unzählige Fischerboote gerichtet

London, 22. September. Bei den Stürmen in den letzten Tagen, die besonders an der französischen Nordküste tobten, sind insgesamt neun Seeleute ertrunken. Zahlreiche Fischerboote sind zerstört. Viele der Schiffe, die in den Hafen Zuflucht suchten, liegen ohne Taktlage und Kommandobrücke ein.

Holländisches Motor Schiff gekentert

4 Todesopfer

London, 22. September. Das niederländische Motorschiff „Doghol“ aus Groningen ist auf die Themse im Sturm gekentert. Der Kapitän, seine Frau, sein zweijähriges Kind sowie ein Mann der Besatzung sind ertrunken.

Die vier Böblinger Flieger gemeinsam beerdig

Unter Beteiligung einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge wurden am Sonntagnachmittag auf dem Böblinger Friedhof die vier bei der Vorführung von Flugakrobatischen Übungen tödlich verunglückten Flieger in einem gemeinsamen Graben beigesetzt. Das Unglück entstand, wie wir bereits berichteten, dadurch, daß bei dem Versuch des bekannten Flugakrobaten Schindler, von einem Flugzeug

auf ein anderes überzusteigen, die übereinander liegenden Maschinen sich zufällig kamen, sich ineinander verlängten und abstürzten. Da die Vorführung, womit Schindler die Gefährlichkeit dieser wahnsinnigen Luftübungen beweisen wollten, gefilmt wurde, ist der Zusammenstoß der beiden Maschinen im Bilde rechts oben festgehalten worden. Links sehen wir die Trümmer der beiden Flugzeuge.

Einige Stunden nach der am Sonntag stattgefundenen vierjährigen Eröffnung des Münchener Oktoberfestes stürzte ein vollbesetztes Karussell plötzlich zusammen. Sechs Personen wurden unter den Trümmern begraben und mehr oder weniger schwer verletzt.

Kannst du beiseite stehen?

Neun Klassenbrüder sind durch Polizei- und Naziterror im Wahlkampf ermordet worden! Hunderte schwer- und leichtverletzt! Tausende verhaftet! Kannst du untätig bleiben?

Nein!

Du mußt sofort in deinem Betrieb, bei deinen Hausegenossen oder auf der Stempelstelle

Sammellisten der Roten Hilfe zur Stärkung des Verteidigungslands in Umlauf setzen.

bereits vielmals vorbestraften Friedrich Kasten festzunehmen. Er trug die dem Ermordeten geraubten Sachen, die goldene Uhr, Zigarettenetui, Pfeife und mehreres andere bei sich. Außerdem konnten die gestohlenen Stiefel, Strümpfe, Socken mit dem Namenszettel L. verbeitiglichst werden. Der Mörder wurde in der letzten Nacht einem scharten Kreuzenstrafen unterzogen. Dabei verwüstete er sich immer mehr in Blödsprüche, so daß das endgültige Geständnis seiner Schuld noch eine Frage von Stunden sein wird.

Metallarbeiter, wartet nicht bis euch ein Schieds- Spruch den Lohnraub distiert! Organisiert sofort den Streit!

Rämpft unter Führung der RGO gegen den Lohnraub, für höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit!

Das Internationale Propagandakomitee der Bergarbeiter ruft zum Kampf!

Moskau, 21. September 1930.

Das Internationale Aktionspropagandakomitee der revolutionären Bergarbeiter richtet an die Bergarbeiter der ganzen Welt einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt:

Das Komitee warnt die Arbeiter aller kapitalistischen Länder und macht sie auf die neue Offensive aufmerksam, die die Grubenbesitzer der kapitalistischen Länder gegen die Arbeitsschäfte und die Arbeitsbedingungen ihrer Arbeiter vorbereiten. In Überhöhlungen, im Ruhegebiet, in Großbritannien, in Frankreich und in der Tschechoslowakei verfluchen die Zechenbesitzer, die Löhne herabzusetzen, den Arbeitstag zu verlängern, die kapitalistische Rationalisierung rücksichtslos durchzuführen und die Last der Weltwirtschaftskrise auf die Schultern der Arbeiterschaft abzuwälzen. Die Bergarbeiter werden zu Hunderttausenden aus den Betrieben hinausgeworfen und weiteren Hunderttausenden droht das gleiche Schicksal. Die reformistischen, christlichen und katholischen Gewerkschaften haben sich offen auf die Seite der Zechenbesitzer und der kapitalistischen Regierungen gestellt und unterstützen sämtliche Maßnahmen der Zechenbesitzer, welche die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärfen, die nun ihrerseits einen neuen imperialistischen Krieg hervorrufen. Die machtvolle Entwicklung der Bergindustrie in der Sowjetunion während des sozialistischen Aufbaues wird den Bergarbeitern der ganzen Welt deutlich und klar den Weg zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Im

den Zechen der Sowjetunion gibt es keine Arbeitslosigkeit, für die Arbeiter unter Tage ist der Schachttag eingeführt, jeder zweite Tag ist Erholungstag, die Spezialkleidung ist unentbehrlich und alle Arbeiter erhalten bezahlte Ferien. Bei Krankheit und Unglücksfällen wird der Arbeitsschacht fortlaufend bezahlt. All dies beweist der Arbeiterschaft, daß sie nur durch den Sturz des Kapitalismus die Erhöhung ihres Lebensniveaus und die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erreichen kann.

Die Bergarbeiter der jämmerlichen kapitalistischen Länder müssen trotz des Widerstandes der sozialfascistischen und christlichen Gewerkschaften und der Bergarbeiterinternationale die Gegenoffensive gegen die Ausbeuter vorbereiten. Zum Schluß fordert der Aufruf die Bergarbeiter auf, Grubenaktionskomitees zu bilden und diese in Konzern-, Bezirks- und Landesaktionskomitees unter Führung der internationalen revolutionären Bergarbeiterbewegung zu vereinigen.

Bergarbeiter, Kollegen! Berounsker Strafenzündgebungen, zeigt den Kapitalisten eure Kraft, beweist eure Bereitwilligkeit, für eure Forderungen in den Streit zu treten, erlässt den sozialfascistischen Gewerkschaftsjüngern eine Nichtanerkenntnis der Verträge, die sie mit den Grubenbesitzern abschließen, fordert Tarifabschluß durch eure Komitees auf der Grundlage des Schachttages, Lohnherabsetzung und der völligen Sicherstellung der erwerbslosen Kollegen!

Villeroy & Boch stillgelegt

800 Arbeiter aufs Straßenpflaster geworfen

Gestern fand eine von der RGO für den Betrieb Villeroy u. Boch einberufene Betriebsversammlung statt, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte. Trotz schriftlicher öffentlicher Einladung zogen es die Vertreter des Zuberarbeiterverbandes und der Betriebsratsvorsitzende Panno vor, vor der Belegschaft zu kneifen. Diese Kapitalsnechte fürchten die Wahrheit, sie finden nur dann den Mut zu sprechen, wenn sie unter sich sind. Als Vertreter der RGO sprach der Genosse Zwicker, der ausführlich auf die ganze Entwicklung bei Villeroy u. Boch in den letzten Zeiträumen und den Kollegen nachwies, wie sie bei jeder Frage verraten wurden. Trotzdem bis heute der Stilllegungsantrag der Firma noch nicht genehmigt ist, geht die Firma zu Entlassungen über. 800 Arbeiter von der 1200 Mann starken Belegschaft wurden am gestrigen Montag entlassen. Nachdem diese Arbeiter, die zum Teil Jahrzehnte im Betrieb arbeiteten, aufs Straßenpflaster geworfen wurden, hat man für den übrigen Teil der Belegschaft die Vollarbeitszeit angeordnet. Auch hierzu gab Panno seine Zustimmung. Alas zeigte der Vertreter der RGO den in gehenden Weg und wies besonders auf das Kampfbündnis der noch im Betrieb bleibenden Kollegen hin.

Die Ausführungen des Referenten wurden von zahlreichen Diskussionsrednern unterstützt und erklärten die Anwesenden durch ihre Unterschrift, daß sie bereit sind, auch in Zukunft der RGO zu folgen. Einstimmig gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

Die heute von der RGO einberufene Belegschaftsversammlung von Villeroy u. Boch nimmt Stellung zu den Vorgängen im Betrieb und spricht der Mehrheit des Betriebsrates das schärfste Mißtrauen aus. Sie verurteilt, daß der Betriebsrat die Belegschaft nie über die Vorgänge im Betrieb unterrichtete und allen Maßnahmen der Direktion zustimmt. Die Versammlung stimmt den Ausführungen des Referenten zu und gelobt, im Sinne der Forderungen der RGO zu handeln. Von den noch im Betrieb verbleibenden Kollegen erwarten die Versammlung volle Unterstützung.

Großdruckerei Welgang, Bauen, entläßt 300 Arbeiter und Arbeiterinnen

(Arbeiterkorrespondenz)

Nach den Massenentlassungen im Johnnewerk und in der Waggonfabrik geht jetzt auch die Firma Welgang dazu über, massenweise die Arbeiter aufs Straßenpflaster zu werfen. Seit Monaten führt diese Firma Verhandlungen mit der Stadt, um eine Subvention zu erzielen. 30 000 Mark beschlossen Bürgerliche

und Sozialdemokraten, der Firma zu bewilligen. Zehntausende Mark stehen jederzeit für die Kapitalisten bereit, während man für die Erwerbslosen keinen Pfennig übrig hat. Es ist den Bürgerlichen und Sozialdemokraten auch nicht unbekannt, daß die Firma Welgang schon einmal Arbeiter, die jahrelang bei ihr beschäftigt waren, entließ mit der Begründung „Arbeitsmangel“, um nachher 16- und 18jährige Mädels einzustellen, denen sie weniger Lohn bezahlt und noch härter ausbeutet. Jetzt sollen 300 Arbeiter entlassen werden. Arbeiter und Arbeiterinnen von Welgang, schließt euch mit den Erwerbslosen zusammen und nehmt den Kampf auf um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und gegen die Massenentlassungen. (AK 2078)

20 Prozent Lohnraub in der Vielesfelder Metallindustrie

Ein geradezu ungeheuerliches Programm zur Ausraubung und Verelendung der Vielesfelder Metallarbeiter präsentieren die Unternehmer der Vielesfelder Metallindustrie. An den DMW haben sie als Grundlage der Verhandlungen über den gefündigen Rahmen tarif folgendes Diktat gerichtet:

15-20 Prozent Lohnabbau, 20 Prozent Verschlechterung des Minutenfuhrlohs, 6 Tage Ferien erst nach 10jähriger Betriebszugehörigkeit, Wegfall der Kindergesalze.

Bei der am 1. Juni erfolgten Kündigung des Rahmen tarifs wurde ausdrücklich betont, daß das Lohnabkommen davon nicht berührt werden sollte. Jetzt gehen die Vielesfelder Unternehmer nach der eigentlichen Anwendung ihrer Organisationen zu einem groß angelegten Vorstoß über. Die SPD-Presse schweigt sich über dieses Diktat vollkommen aus.

Für die Metallarbeiter heißt es jetzt: Schlug mit dem Lohnabbau und einheitliche Kampffront mit Bergarbeitern, Chemiearbeitern für Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit!

An den Pranger mit den Überstundenschiebern!

Neues vom Brückenbau in Radib
(Arbeiterkorrespondenz)

Die Misstände bei der Firma Adolf Gruhl, Eisenbau unternehmen, häufen sich immer mehr. Trotzdem in Dresden tausende erwerbslose Bauarbeiter vorhanden sind und die Firma Gruhl städtische Aufträge ausführt, wird von den amtlichen Stellen nichts gegen die dort herrschenden Zustände unternommen. Es beweist sich wieder einmal das Wort: „Eine Krähe häfft der anderen nicht die Augen aus!“ Gruhl beschäftigt am Brückenbau Radib 70 Arbeiter, für die nur 3 Wassereimer und 1 Trink-eimer zur Verfügung stehen. Die vorhandene Baubude bietet nur für 25 Arbeiter Platz, die anderen müssen sich im Freien umziehen und auch ihr Essen im Freien auf dem Erdoden einzunehmen. Die Arbeitszeit einzelner Arbeiter beträgt täglich bis zu 15 Stunden. Besonders als Überstundenschicht betätigten sich die Bauarbeiter Närke, Teger, Jenthah und Matatouj. Ihnen zur Seite stehen als Antreiber die beiden Betriebsräte Krause und Kilian. Die Mehrheit der Belegschaft hat beschlossen, zwei Schichten Arbeitszeit einzuführen, doch Gruhl lehnt dies ab mit dem Bemerk, er bekomme keine Arbeiter. Es ist hier die Aufgabe der Bauarbeiter, ihren Beschluss durch den Streik zu verwirklichen. Durch ein geöffnetes Auftreten werden sie in der Lage sein, die herrschenden Misstände abzuschaffen und die Einführung des Zweistundensystems zu erzwingen. Die Arbeiter werden in diesem Kampf die volle Unterstützung der RGO finden. Also, Bauarbeiter, nehmt den Kampf auf!

Das Dresdner Volkshaus ist nur für Bonzen da

(Arbeiterkorrespondenz)

Am 22. September vormittags holten wir als Ausgezogene unsere Sonderunterstützung vom Verband. Ein Kollege forderte uns auf, den Neubau des Volkshauses anzutreten, welches ein Brachbude sei, und das mit den besten Hotels in Dresden in Konkurrenz treten könne. Wir gingen nun nach dem Schützenplatz, um uns „unser“ Haus zu betrachten. Die Erlaubnis zur Besichtigung nahmen wir uns selbst. Oben im Dachgarten hingen wir an, nochdem wir zunächst die supferne Belvedere an den Wänden im Haus selbst betrachtet hatten. Kupfer soll sehr teuer sein, und anscheinend ist Zinkblech zu gewöhnlich für ein „Volkshaus“. Der Dachboden ist in Ziegeln gelegt. Nun stiegen wir hinab, um die Zimmer zu besichtigen, denn wir wollten sehen, wie man im „Volkshaus“ wohnt. Alles aus herzlich eingerichtet. Doch nun der Preis für ein Zimmer mit zwei Betten: 10 Mark für die Nacht. Wir dachten uns, die Bonzen müssen doch ein sehr hohes Gehalt haben, wenn sie 10 Mark für die Nacht für ein Zimmer ausgeben können. Wir protestieren können dies nicht und sind froh, wenn wir ein Zimmer für 10 Mark in der Woche leisten können. Als wir in der 3. Etage anlangten, trafen wir den Funktionär Täubrich, der uns aufwartete, doch auch die Verbandsbüros zu besichtigen. Sofort kamen wir dieser Aufforderung nach. Alles auf modern eingerichtet. Wir dachten uns: Bei der „anstrengenden Arbeit“, die unsere Verbandsangestellten leisten müssen, damit wir „meiste“ Lohn erhalten, ist es schon notwendig, daß sie ein angenehmes Büro haben. Als wir wieder den Haushof betraten, begegnete uns der Angestellte Max Bergmann aus dem Verwaltungsbüro. Ein wütender Blick traf uns. Als er

uns fragte, was wir im „Volkshaus“ wollten, sagten wir ihm, daß wir uns einmal den Neubau ansehen wollten. Da kamen wir aber schlecht an. Eine große Anzahlung von uns wäre es, das Gebäude zu beschädigen und anderes mehr. Wir erwiderten ihm und fragten, womit eigentlich das Volkshaus gehört. Darauf erhielten wir die Antwort: „Guck nicht!“ Nun wußten wir Bescheid. Wir Gewerkschaftsmitglieder haben nur das Recht, unsere Beiträge zu zahlen, damit die Herren Angestellten recht hohe Gehälter beziehen können, schöne, luxuriöse Büoräume haben, daß ein „Volkshaus“ für Bonzen gebaut werden kann, aber weiter haben wir nichts zu sagen. Arbeiter, merkt euch dies. Möcht endlich Schluß mit diesen Kapitalsnechten. Schafft euch um die RGO! Sorgt dafür, daß eure Beitragszettel nicht zur Herstellung von Luxusgebäuden Verwendung finden, sondern zum Kampf um höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit.

Revolutionäre Eisenbahneropposition

Mittwoch den 24. September 17 Uhr im Restaurant „Zur Zinne“, Ecke Marcolini- und Fröbelstraße, wichtigste Zusammenkunft. Alle Genossen müssen erscheinen. Sympathisierende sind mitzubringen.

Berantwortlich für Politik und Gewerkschaftliches: Ernst Schneller, R. & R., Berlin; für Sport, Sport und Freizeit: Willi Horner, Dresden; für Polizei: Arthur Burkert, Dresden. — Verlag: Dresdner Verlagsgruppe m. b. H., Dresden. — Druck: Prusog, Billde Dresden.



Wie kann man sich da wundern!

Neue Zigarettenmarken werden mit großen Ankündigungen, gewissermaßen mit siegesbewußtem Lächeln dem Raucher vorgesetzt. Nun heißt es bei den Rauchern: „Diese Zigarette ist neu, sie muß also gut sein.“ Diese Auffassung zeigt bereits das Mißtrauen für die Zukunft.

Kann man es dem Raucher verdenken, wenn er lieber bei Zigaretten bleibt, die stets unverändert gut, also ehrlich in der Qualität sind, wie

BULGARIA-KRONE
die stets frische und gleich gute 5 Pf. Zigarette.

5 &
BULGARIA

KRONE

Kolportore u. Austräger Groß-Dresdens!

Donnerstag, den 25. September, 20 Uhr, wichtige Konferenz im Stadtwaldschlößchen, Postplatz

Sozialdemokraten als Unterstützungsräuber

Pesterwitz. Der Ausgang der Reichstagswahl in Pesterwitz zeigt die Sozialdemokraten im richtigen Lichte als "einzig Vertreter der Arbeiterschaft". Schon der Sonnabend vor der Wahl zeigte, wie verschiedene Mitglieder der SPD die Einheit der Arbeiterschaft aufzulösen.

Unter Transparenz, das wir am Rathaus Pesterwitz befestigt hatten, verliefen diese traurigen "Helden" mit einer Stange der unterzuteilen. Allerdings gelang ihnen das nicht ganz. Das Erheben einiger SPD-Gesellen schlug die "Heldenhaft" in die Flucht.

Nachdem das Wahlergebnis zeigte, daß die SPD ihre Stimmenzahl von 179 bei der Landtagswahl am 22. Juni 1930 auf 250 bei der Reichstagswahl steigen konnte und die SPD ganz zwei Stimmen "eroberte", trotz viel stärkerer Wahlteilnahme, tannte ihr Hals gegen klassenbewußte Arbeiter keine Grenzen mehr.

Der sozialdemokratische Bürgermeister Hegner schiede seinen Genossen Lehmann und Langen folgendes bezügliche Dokument:

"Da der Gemeinde Pesterwitz Mittel zur Befestigung der im Gemeindegebiete angebrachten Wahlkämpfe, insbesondere der Wahlkämpfe der Kommunistischen Partei nicht zur Verfügung stehen, hat die Befestigung des im Gemeindegebiete an Telegraphen- und Lichtmasten, an Bäumen, Häusern und Zäunen angebrachten Wahlkampfmaterials im Wege der Pflichtarbeit gemäß § 13 der Verordnung über Fürsorgepflicht vom 13. 2. 1924 zu erfolgen. Sie werden hierdurch ausgesondert, in der Unterstützungswoche vom 17. bis 20. 9. 1930 Pflichtarbeit zu dem oben angegebenen Zweck zu leisten, und zwar zunächst Mittwoch, Donnerstag und Freitag den 17., 18. und 19. September 1930, täglich 5 Stunden. Die Pflichtarbeit beginnt 7 Uhr morgens und endet 12 Uhr mittags täglich. Sie haben sich bei Ihren Gemeindearbeiter Körner zur Entgegennahme des entsprechenden Arbeitsgerätes zu melden. Der Wohlfahrtausschüttung wird sich in seiner Sichtung vom 16. d. M. mit dieser Gelegenheit noch beschäftigen.

Für den Fall, daß der Wohlfahrtausschüttung beziehungen sollte, daß Sie zur Pflichtarbeit nicht herangezogen werden, wird Ihnen das Mittwoch den 17. September 1930, 7 Uhr morgens, bekannt gegeben werden. Die Gewährung der Ihnen bisher gezahlten Fürsorgeunterstützung wird für die Unterstützungswoche vom 15. bis 20. 9. 1930 nur von der Ableistung der oben näher bezeichneten Pflichtarbeit abhängig gemacht.

Der Gemeinderat.
Hegner, Bürgermeister."

Trotz Drohung mit der hungerpeitsche lehnten unsere Genossen ab. Wie nicht anders zu erwarten war, erhielten die beiden Genossen für die Woche vom 15. bis 20. September keine Unter-

stützung. Auch die sozialdemokratische Vertreterin der werktätigen Frauen, Frau Merle, stimmte für den Hungerkurs des Sozialfascistischen Hegner. Arbeitersfrauen und -mütter! Das soll eure Vertreterin im Gemeindeparlament sein? Eine Frau, die es in ihrem Hals vollständig gleich ist, wenn Arbeitersinder hungrig müssen. Arbeiter, erkennt an dieser arbeiterfeindlichen Handlungswille, daß ihr Schlaf machen müßt mit der SPD, der Partei des Arbeitervorts. Werdet Mitglieder der KPD, werdet Kämpfer für eure Rechte. Hinaus mit der Volkszeitung aus dem Arbeiterhaushalt, lebt die "Arbeiterstimme".

SPD als Gesegnshüterin

Neugersdorf. Die lokale Stadtverordnetenversammlung mußte sich mit den Anträgen der kommunalpolitischen Fraktionen der Steuerordnung beschäftigen. Das Ergebnis der Abstimmung war folgendes: Abstimmung 1 und 2: Das Kollegium erhebt härtesten Protest gegen die Steuerordnungserweiterung der Reichsregierung. 2. Den Rat vertrautet, bei der höchsten Regierung zu fordern, daß der Vertreter Sachiens bei der Regierung Einpruch erhebt, wurde mit 11 Stimmen der Bürgerlichen, Sparer und Hausbesitzer gegen 10 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Abstimmung 3: Den Stadtrat anzuzeigen, die Erhebungen nach der Notverordnung nicht durchzuführen, wurde auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt, mit der Begründung, daß dies gesetzlich nicht durchführbar sei. (AK 202)

Die rote Fahne auf der Esse der Bauhner Papierfabrik

Bauhnen. Acht Tage nach der Wahl bemühen sich die bürgerlichen Zeitungen, die Meldung zu bringen, daß auf der 96 Meter hohen Esse eine 4 Meter lange Fahne anlässlich des 15. Internationalen Jugendtages in Bauhnen, auffordernd für die Liste 4 in den Lüften war.

Heute bemühen sich Unternehmensleitung und Polizei nach dem bewundernswerten Kleidertag der roten Klassenfront. Die lehre Woche vor der Wahl mußten drei Nachwähler aufpassen, daß das Schild der klassenbewußten Arbeiterschaft nicht wieder über dem Betriebe weht. Der Direktor des Gaswerks hatte keine Belegschaft auch mobilisiert, daß auf seinem Betriebe nicht die Fahne des Kommunismus weht.

Die Arbeiterschaft drückte ihre Sympathie für die Rote Front aus. Jetzt heißt es weiter vorstoßen. Organisiert den Kampf gegen Lohnabbau und Unternehmerterror! Bildet rote Betriebsgruppen! Hinein in die Antifaschistische Arbeiterwehr! (2079)

Massenversammlung der KPD in Greifthal

Neuer Reichstag! Was nun? Dazu spricht ein Landtagsabgeordneter. Die Vorbereitung in der letzten Stadtverordnetensitzung am Freitag, dem 26. September, 19.30 Uhr, im "Sächsischen Wolf", Deuben. Arbeit, Arbeitersinnen, sozialdemokratische Arbeit, arbeitslose, Sportler, Wahlhelfer, erscheint in Majen! KPD Freital.

Arbeitersport

Jugend- und Knabenbörse findet am Sonnabend dem 27. September, 19. Uhr, im Restaurant Stadt Braunschweig, Jägersstraße. Schlesier-Holzversammlung am Sonnabend dem 27. September, 19. Uhr, Restaurant Schmidt, Flemmingstraße. Vorstandssitzung am Montag dem 29. September, 19. Uhr, bei Genossen Helmuth, Palmlstr. 26, 1. Et. Protestverhandlung am 4. Oktober findet im Restaurant Schmidt, Jägershofplatz 7, statt. Rechtes und pünktliches Erscheinen in allen Versammlungen ist erwünscht.

Achtung! Jugendleiter aller Sparten des 2. Bezirks!

Am Donnerstag dem 25. September findet 20 Uhr im DB-heim, Dresden-Südvorstadt, Seppeltstraße, die Jugendleiterversammlung statt. Alle Jugend- und Kinderleiter müssen vertreten sein. Von den Vereinen, wo noch keine Jugendabteilungen bestehen werden, eine besondere Einladung erfolgt nicht mehr.

Landesleitung Sachsen.

Touristenverein "Die Naturfreunde", Ortsgruppe Freiberg, Mittwoch, den 24. 9. Fortsetzung des sternentümlichen Vortrags in Heidenau, 20 Uhr, Goetheschule. — Gesangsabteilung 18 Uhr.

Achtung! Kommunistische Sportler. Morgen Mittwoch, den 24. 9. 30, 19.30 Uhr, findet im Brandenburger Hof, Esse Peter- und Berliner Straße, eine wichtige Fraktionssitzung statt. Alle Sportgenossen sind verpflichtet, an dieser Sitzung teilzunehmen.

Bezirksleitung Sachsen.

Achtung, Elternräte!

Wesentliche Sitzung des Schulausschusses Mittwoch den 24. September 1930, 17 Uhr, im Sitzungssaal des Schulamtes, Theaterstr. 13, 3. Obergeschloß, Zimmer 228. Tagesordnung u. a. Haushaltplan 1931, Klassen für schwer erziehbare Kinder usw.

Rundfunk

Mittwoch den 24. September: 16.30—17.30: Nachmittagskonzert, 17.30: Wirtschaftsnachrichten, 18.05: Arbeitsmarktbericht, 18.20: Wettervoransicht und Zeitangabe, 18.25: Volksmusik, 18.30: Aktuelle Viertelstunde, 19.05: Rundfunk-Fieber, Vortrag, 19.30: Unterhaltungsmaul, 21.30: Ernst Toller liest eigene Dichtungen, 22.15: Zeitangabe, Wettervoransicht, Pressebericht und Sportteil. Anschließend bis 24: Unterhaltungsstücke.

Heute das sensationelle Doppelprogramm:
Steckbrieflich verfolgt!

Sensationelles Abenteuer des Strafgefangenen Nr. 3332 in 8 außerst spannend. Akten

Der zweite Schlag.

Wie Madame befehlen!

Reizendes Lustspiel in 6 Akten

Hauptrollen:

Clara Bow / Adolf Menjou

Einlaß 4 Uhr / Beginn 1/5, 1/7, 1/9 Uhr

Lichtspiele Freiberger Platz

Empfehlung billigst pa-
staub- und kalkfrei

Bettfedern

in jeder Preislage von
1.80 bis 18 Mk.

Wäscheschäft
P. Börner, Freital-Po.
nur Turnerstraße 7
5 Proz. Rabatt in Mark.

Achtung!

ca. 6000 St. weiße Webstoffe, belonbare Trägerseide und feinstegezogene Spezialgewebe, beides amerikan. Reinhartmaterial, für nur finanziell geringen Betrieb kostenlos, Bettfedern, Jagozellen usw. Ein Vertrag bringt Ruhe und große Erfahrung. Bei Jagozellen Garantie garantiert. Vertrag per Nachnahme direkt an Private nicht unter 10 Stück. Bei der Süßi. Partie und Vergabung frei.

"Holltex" Textil-Verkauf, Fabrik, Wohlstraße 14.

Rumbo Seifen

mit dem Wertbon

Achten Sie b. Einkauf darauf
daß jede Packung verschieden ist

und Qualitäts-Erzeugnisse die
jeleglichen Schmuts entfernen.



Nahrhaft lecker-billig

Bienenhonig	80	zuzügl. 5 Pf
Reiner	150	zuzügl. 10 Pf
Deutscher Bienenhonig	80	zuzügl. 10 Pf
Pfund	155	zuzügl. 20 Pf
Zuckerhonig	50	zuzügl. 12 Pf
Sirup dunkel	48	zuzügl. 12 Pf
Kandisablauf ... Pf. 48, ½ Pfund	24	zuzügl. 12 Pf
Aprikosen-Konfitüre Pfund	85	Pfennige
Himbeer-Marmelade Pfund	100	Pfennige
Apfelgelee mit Johannisbeeren, Pf. 70	70	Pfennige
Johannisb.-Apfel-Marmelade Pf. 70	70	Pfennige
Pflaumenmus	56	Pfennige
Preiselbeeren	54	Pfennige
Vierfrucht-Marmelade 2-Pf-Eim. 150 g Pfund	60	Pfennige

Abgabe nur an Mitglieder

Konsumverein

VORWÄRTS

Sensationsprogramm! Ab heute Dienstag!
Beginn 4, 1/7, 1/9 Uhr Der Millionenfilm der Messstro

Das Schiff der verlorenen Menschen

9 Akte Hauptrollen: Fritz Kortner Marlene Dietrich

Stärkste Sensation / Fernseh

Big Boy Williams

Amerikas bester und wagemutigster Cowboy-Darsteller im

Der falsche Sheriff

Ein Wild-West-Abenteuer mit Tempo und Hochspannung

M-S **Lichtspiele**
Moritzstr. 10

Dutschkes Kaufhaus
Neugersdorf

Hauptstraße — Rosenstraße
Autobahntestelle — Tel. 2195

+ Kreuz-Apotheke +
Neugersdorf, Hauptstraße

Dampf-Wäscherei
Fandler
Dresden-N.
Oppellstr. 50
Telefon 53704

Trinkt die erstklassigen Biere der
Bautzner
Brauerei und Mälzerei AG